

**21.**

**Bundesparteitag**

**Bonn 1973**

**12. Juni**

**CDU**

**Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,  
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus**

**Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelander Straße**

21. Bundesparteitag  
der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands

Niederschrift

Bonn, 12. Juni 1973

~~die Wahlhandlung geschlossen. Ich bitte die Stimmzählkommission, die Stimmen auszuzählen.~~

Meine Damen und Herren, ich darf Sie alle bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir hatten verabredet, daß wir nach Schluß der Wahlhandlung die Rede unseres neugewählten Bundesvorsitzenden hören und insofern die Tagesordnung ändern wollten. In Ausführung dieser Verabredung erteile ich jetzt unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl das Wort.

**Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! An diesem Tage und auch in dieser Stunde ist es, glaube ich, ganz natürlich und auch richtig, daß wir, die wir Weggenossen von über 20 Jahren Geschichte der Union in Deutschland waren und sind, zunächst auch an jene denken, die uns auf diesem Wege vorangeschritten sind, die Beispiel und Vorbild waren. Ich denke gerade in diesem Saal an jene Szene im Jahre 1966, als Konrad Adenauer, der langjährige 1. Vorsitzende der Christlichen Demokraten in Deutschland, die Führung der Partei an Ludwig Erhard abgab.

Wenn wir daran erinnern, weisen wir auch ganz einfach darauf hin, in welchem starkem Umfang dieses unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, von dieser Christlich-Demokratischen Union in den ersten zwanzig Jahren seiner Existenz getragen, geprägt und mitbestimmt wurde, und daß viele von denen — auch in wichtigen Ämtern des Staates —, die jetzt überall in der Welt und nicht zuletzt in der freien Welt für Deutschland sprechen können, in der Kontinuität dieser großen Männer stehen, und daß es eigentlich nicht nur eine Pflicht des Anstandes, sondern auch selbstverständlich ist, gelegentlich auch im Bereich der deutschen Innenpolitik darauf hinzuweisen, wer die Wege geebnet hat in die freie Welt, nach Israel und in andere Teile dieser Erde.

(Beifall)

Ich glaube, das wohl wichtigste Erbe Konrad Adenauers steht gerade in der jetzt handelnden Generation der deutschen Politik erneut auf dem Prüfstand, nämlich die Frage, ob wir fähig sind, den Nationalstaat alter Prägung zu überwinden, ob wir fähig, bereit und willens sind, auch mit Opfern entschlossen den Weg in dieses neue Europa zu gehen. Ich meine, wir sollten heute und hier sagen, daß wir dazu bereit sind und daß die Union gerade aus dem Erbe Konrad Adenauers die Europa-Partei der Bundesrepublik bleiben wird.

(Lebhafter Beifall)

Ich nannte den Namen unseres Freundes Ludwig Erhard, der zu unserer Freude heute hier bei uns sein kann.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, es mag mir, der ich in der Kontinuität des Amtes hier sprechen darf, gerade jetzt gestattet sein, an meine erste Begegnung zu erinnern, als ich damals in der Bundestagswahl 1949 als Schüler über einen Lautsprecherwagen für den damaligen Kandidaten für das Amt des Bundeswirtschaftsministers, Ludwig Erhard, in einer deutschen Industriestadt Propaganda machen durfte. Wenn ich dies hier sage, so hat das gar nichts — ich sage es ganz salopp — mit Denkmalspflege zu tun, sondern damit, daß wir uns damals wie heute in der Kontinuität jener Politik verstehen, die Ludwig Erhard beispielhaft für dieses unser Land in der Sozialen Marktwirtschaft formuliert hat

(Beifall)

und daß er uns mit dieser menschlichsten, sozialsten und, wie der Erfolg dieses Landes zeigt, sicherlich erfolgreichsten Grundordnung einer modernen Industriegesellschaft ein wichtiges Erbe übertragen hat.

Aber auch hier gilt das, was ich vorhin von der Erbfolge Adenauers sagte, daß wir heute, wo manch einer das System als solches antasten und umfunktionieren will, aufgefordert sind, das, was vernünftig gewachsen ist, zu verteidigen und das, was weiterentwickelt werden muß — auch in den Ordnungsprinzipien dieser sozialen Marktwirtschaft —, tatsächlich weiterzuentwickeln.

(Beifall)

Und ich darf unseren Freund Kurt-Georg Kiesinger ansprechen, der damals in einer schwierigen Lage der Partei die Kanzlerschaft übernommen hat und dieses Amt zum Besten unseres Landes führte, und der in all diesen Jahren, bis zuletzt, in einer kritischen Phase unserer Bundestagsfraktion beispielhaft gelebt hat, was es heißt, Dienst an diesem Lande und Dienst auch für diese Partei zu erbringen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Freunde, ich habe Rainer Barzel vorhin beim Vorschlag für den Bundesvorstand persönlich angesprochen. Ich hoffe sehr auf seine Mitarbeit, auf seinen Rat und auf seine Hilfe in diesem schweren Amte — für uns alle in dieser Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Freunde, ein jeder von uns spürt, daß unsere Partei vor einem wichtigen Abschnitt ihrer Geschichte steht. Wir müssen eine Wende der Politik unseres Landes einleiten, und diese Aufgabe kann von niemandem als von uns in dieser CDU/CSU erbracht werden. Wir müssen das leisten. Und wir dürfen dabei nicht nur auf die Fehler dieser Regierung setzen. Wir selbst müssen durch unsere überzeugende Politik diese Wende der deutschen Politik herbeiführen.

(Beifall)

Das heißt, vor uns liegt ein hartes Stück Arbeit, und dem, der uns bei dieser Arbeit unterstützt und hilft, können wir weder Ehrenposten noch Alterspfründe zusichern. Aber wir werden gemeinsam dieses Ziel erreichen, denn wir wissen um unsere Verantwortung gegenüber Millionen von Wählern und Mitbürgern in diesem unserem Lande.

(Vereinzelt Beifall)

Und, meine Freunde, die Erwartungen der Mitbürger sind groß. Wir dürfen die Antwort nicht schuldig bleiben. Wir haben Grund, guten Mutes an die Arbeit zu gehen. Verzagtheit und mangelndes Selbstvertrauen entsprechen nicht der Entschlossenheit und dem Angriffsgeist unserer Mitglieder und Freunde. Ihre Bereitschaft zum Engagement und zur Mitarbeit war — dies darf man ohne Übertreibung sagen — noch nie so groß wie heute. Nutzen wir gemeinsam diese Chance, die sich ja auch eindrucksvoll zeigt in der Zunahme unserer Mitglieder, die zu uns kommen, nicht um passiv Mitglied zu sein, sondern um aktiv die deutsche Politik in dieser und durch diese Christlich-Demokratische Union zu gestalten.

(Beifall)

Wir können dabei aufbauen auf den Leistungen der Union in den ersten 20 Jahren unseres Staates. Meine Damen und Herren, diese Leistung kann sich sehen lassen. Sie ist beispielhaft, und wir dürfen stolz darauf sein. Und wir sollten das, was wir gemeinsam für unser Land leisten konnten, von niemandem, auch nicht von der amtlichen Propaganda der jetzigen Bundesregierung zerreden lassen.

(Beifall)

Daß dieses Land aus dem Nullpunkt seiner Geschichte zu einem geachteten, modernen, freien, sozialen Rechtsstaat wurde, war nicht zuletzt **unser** Beitrag zur jüngsten deutschen Geschichte. Aber, meine Freunde, es ist nicht damit getan, vergangene Erfolge zu feiern. Es ist auch nicht damit getan, einige Köpfe auszuwechseln und in der Partei

ansonsten alles beim alten zu belassen. Wer so denkt, täuscht sich über die wirkliche Lage der CDU in Deutschland hinweg.

(Beifall)

Die Veränderungen der Gesellschaft in vielen Bereichen, das Heranwachsen einer neuen, einer anderen, einer jungen Generation, die Konsequenzen aus den Bundestagswahlen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft unseres Landes, dies alles muß wohl bedacht werden. Es darf nicht so sein, daß dieser heutige Parteitag für den einen oder anderen der Endpunkt jener Überlegungen nach der Bundestagswahl bedeutet, sondern es ist eine Zwischenstation, von der aus wir kraftvoll den Hamburger Parteitag und die anderen politischen Ereignisse dieses Landes 1974/1975 und das Ziel 1976 ansteuern.

(Beifall)

dabei ist Das ist vor allem deswegen wichtig, weil wir in Opposition zu einer Partei stehen, die ~~da weiß~~, die Grundlagen der seit 1945 — bei aller politischen Auseinandersetzung gemeinsam — geführten Politik zu verändern. Der Parteitag in Hannover hat gezeigt, daß die SPD dabei ist, mit sich selbst und, da sie die stärkste Partei und Regierungspartei ist, mit unserem Lande nach links abzudriften, und daß sie zunehmend beginnt — das muß mit allem Ernst gesagt werden —, eine andere Qualität unseres Staates und unserer Gesellschaft anzustreben.

Wir können diese Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen, und wir müssen uns allen Versuchen widersetzen, unser Land und damit die Bürger der Bundesrepublik Deutschland in ein ideologisch begründetes Freund-Feind-Verhältnis zu führen; denn am Ende dieses Weges steht, daß Ideologen und Chaoten unser Land ins Unglück führen, wenn wir das tatenlos so hinnehmen.

(Beifall)

Wir werden nicht zulassen, daß ein schwärmerischer Sozialismus den Weg für Intoleranz und Mittelmäßigkeit bereitet, daß sich Staat und Gesellschaft, Autorität und Verantwortung, Recht und Gesetz im Nebel leerer Formeln und fixer Begriffe verlieren und der Mensch und seine Freiheit auf der Strecke bleiben.

(Beifall)

Der Mensch und seine Würde — dieser Auftrag unserer Verfassung bleibt Angelpunkt unserer Politik. Sie gründet auf der Freiheit aller, sie stellt niemanden ins Abseits, sie zollt allen gleiche Achtung, sie will allen gleiche Chancen schaffen.

Wir bejahen die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft, ihrer Meinungen und Gruppen, und aus unserem Demokratieverständnis ertragen wir

natürlich auch den Anspruch auf Rechenschaft, der hieraus erwächst; ja, wir halten ihn für unverzichtbar. Wir bejahen die Chance jeder Gruppe, die die verfassungsmäßige Ordnung unseres Staates achtet und verwirklicht, an der politischen Gestaltung dieses Landes teilzuhaben. Pluralität und Chance des Wechsels sind für uns selbstverständlich Elemente demokratischer Wirklichkeit.

Eine Politik, die Gruppen unserer Gesellschaft diffamiert, die ihnen die Zugehörigkeit zum Ganzen verweigert oder sie gar zum Verstummen bringen will, eine solche Politik ist aus unserem Demokratieverständnis zutiefst reaktionär.

(Beifall)

Sie ist eine Politik des ideologischen Absolutismus im Dienste einseitiger Interessen. Ihre Zeichen sind Unduldsamkeit und die Arroganz der Ämter.

Wir stellen heute, wenige Jahre nach der Regierungsübernahme der Sozialdemokraten im Bund, fest, daß allenthalben in den sozialdemokratisch verwalteten Rathäusern, in der Kulturpolitik SPD-regierter Länder, in SPD-geführten Ministerien in der Bundesregierung und auch in manchen Bereichen der Massenmedien der Versuch der Gleichschaltung der öffentlichen Meinung läuft. Gerade weil wir 20 Jahre in diesem Land Macht ausübten, gerade weil wir auch die Versuchung der Macht verspürt und in dieser Zeit natürlich auch Fehler gemacht haben, nehmen wir für uns das Recht, jede Kritik, die wir in diesen 20 Jahren ganz selbstverständlich akzeptiert haben, heute als die Opposition und Alternative dieser Regierung auch in dieser Frage zu üben.

(Beifall)

Ich frage Sie: Was wäre beispielsweise geschehen, wenn unter den Kanzlern der CDU, Adenauer, Erhard und Kiesinger, ein ähnlicher Versuch der Gleichschaltung der Zweiten Kammer der nationalen Gesetzgebung, des Bundesrates, gelaufen wäre, wie wir ihn heute in allen Punkten der praktischen Arbeit beobachten können?!

(Beifall)

Die Achtung vor der Würde des Menschen ist das Grundgesetz unserer Politik, und unser Ziel ist eine Politik für das ganze Land. Wir sind die Partei der Mitte, die Partei der Partnerschaft. Wir erheben auch nicht den Anspruch, für alles eine endgültige Antwort zu wissen, weil für uns die Zukunft nicht festschreibbar ist, sondern offen und zu gestalten, weil wir immer neu bereit sind, Kritik zu ertragen und besserer Einsicht zu folgen: darum, meine Freunde, sind wir Volkspartei.

Wir wagen eine Politik aus christlicher Verantwortung. Wir wissen, daß Menschen in ihrem Erkennen und Handeln irren können. Wir glauben deshalb nicht an die totale Machbarkeit der Welt. Wer versucht hat, den Himmel auf Erden zu schaffen, hat noch immer in der Geschichte die Hölle aus ihr gemacht.

(Beifall)

Die Selbstbeschränkung auf das Mögliche, die Ehrlichkeit gegenüber menschlichen Grenzen, die christliche Solidarität mit den Nächsten und die Verantwortung für das Ganze sind es, die die Union vor der Versuchung diesseitiger Utopie bewahren.

Unsere Politik muß Maß und Mitte haben. Sie darf nie mittelmäßig werden. Wir wissen, daß unser Staat und unsere Gesellschaft uns nicht als Schicksal vorgegeben, sondern als Auftrag übertragen sind. Aber wir wissen als Christen auch, daß der Mensch sich nicht in Staat und Gesellschaft erschöpft. Freiheit und Bindung, der einzelne und sein Nächster, der Wille zu gestalten und das Wissen um die Vorläufigkeit der Ergebnisse, der weltliche Auftrag des Menschen und sein Schicksal: in dieser Spannung liegt unsere Kraft, in ihr gründet sich unser Wille zur Reform, und sie treibt unser politisches Handeln.

Unsere praktische Politik, die Politik der Union, orientiert sich an den Grundsätzen der Freiheit, der Solidarität und der Gleichheit, wie es die Präambel des Berliner Programms sagt: Die Freiheit des einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, die Gerechtigkeit und die Chancengleichheit für jedermann sowie die Solidarität aller Bürger, die auf der Eigenverantwortung der Person aufbaut — die dynamische Spannung dieser Werte muß unser Handeln bestimmen. Der Prozeß ihrer Verwirklichung darf nie dazu führen, sie aufzuheben. Die unlösbare Spannung zwischen Freiheit, Gleichheit und Solidarität ist für uns aber nicht Schicksal, sondern Herausforderung. Sie ist der Motor gesellschaftlicher Entwicklungen und die Antriebskraft für politischen Fortschritt.

Unser Maßstab für diesen Fortschritt ist nicht die Verwirklichung ideologischer Utopien. Unser Maßstab ist die ständige und tatsächliche Verbesserung der konkreten Lebensbedingungen des einzelnen Menschen. Freiheitsverwirklichung wie wir sie verstehen, ist darum nie beendet. Eine Politik, die ihr dient, kann nicht statisch sein und auf der Stelle treten. Ihre Dynamik verbindet Ziel und Weg, Zweck und Mittel durch die gleichen Grundlagen. Das **Ziel** ist, erlebte und verantwortete Freiheit des Menschen zu schützen, neue Chancen der aktiven Gestaltung zu sichern und das Wohl des ganzen Landes zu wahren. Der **Weg** führt über den Abbau vieler Hindernisse, die sich auf diesem Weg selbstverständlich immer wieder entgegenstellen.

Freiheit bedeutet für uns das Recht eines jeden, sein Leben nach eigenem Willen zu gestalten. Freiheit bedeutet jedoch mehr. Sie umfaßt auch die Verantwortung für ihren Gebrauch, die Verantwortung gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft. Zu dieser Verantwortung, meine Freunde, zählt das Recht des nächsten auf die gleiche Chance, seine Fähigkeiten zu entfalten. Freiheit für alle heißt also Gleichheit der Chance für alle. Die Freiheit verlangt aber auch, daß jeder seine Chance in unterschiedlicher Weise nutzen, daß er mehr oder weniger, als andere, leisten kann. Die Gleichheit der Chancen leugnet nicht die Ungleichheit der Menschen und ihrer Fähigkeiten. Beides sind notwendige Bedingungen von Freiheit. Wer Freiheit des Menschen will, muß für die Gleichheit der Chancen kämpfen. Und wir tun dies! Meine Damen und Herren, Gleichheit der Chancen bedeutet aber nicht Gleichheit der Resultate.

(Beifall)

Sie steht im klaren Gegensatz — wenn ich es recht sehe, ist dies in weiten Bereichen der Politik der entscheidende Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und uns — zur sozialistischen Gleichheitsideologie. Die SPD will eine egalitäre Gleichmacherei, und diese geht notwendigerweise auf Kosten der Freiheit. Wir wollen die gleiche Freiheit aller. Damit ist und bleibt die Union die Partei der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Meine Freunde, Solidarität bedeutet für uns mehr als nur die selbstverständliche Pflicht, für jene einzutreten, die nicht die Möglichkeit haben, so viel wie andere leisten zu können. Diese Solidarität entscheidet auch über die moralische Qualität unserer Politik. Sie verbietet es einzelnen ebenso wie Gruppen, ihre eigenen Interessen ohne Rücksicht auf das Ganze durchzusetzen. Wir müssen ganz offen sagen, daß auch wir, die Union, in den letzten 20 Jahren gelegentlich zu sehr auf jene machtvollen Gruppen gehört haben, die sich dann ihrer organisierten Interessen wegen durchsetzten, oft aber weniger wegen des wirklichen Gewichts ihrer Ansprüche und ihrer Argumente.

Für uns ist jetzt ein guter Zeitpunkt gekommen, gerade an diesem Punkte überzeugend den Auftrag dieser Christlich-Demokratischen Union nachzuweisen.

Wir haben, auch dies will ich hinzufügen, uns in den letzten 20 Jahren, wie viele in dieser Bundesrepublik, zu oft einer Entwicklung gebeugt, die die Fragen dieses Staates und dieser unserer Gesellschaft zunächst oder gar ausschließlich in Fragen nach der materiellen Qua-

lität dieses Staates und dieser Gesellschaft gesehen hat. Wir haben uns allesamt — und ich finde, hier müssen wir macht- und kraftvoll gegenwirken — in diesem unserem Lande zu sehr daran gewöhnt, zunächst die Frage zu stellen oder zuzulassen: Wir verlangen, wir fordern, wir erwarten, und wir haben zu wenig darüber gesprochen und danach gehandelt, daß wir auch sagen: Wir geben, wir sind auch bereit, für diesen unseren Staat Opfer zu bringen.

(Beifall)

Der demokratische Staat lebt mehr als jede andere Staatsform von der Überzeugungskraft seiner Idee, und gerade diese Idee dieses Staates und dieser Gesellschaft wird heute von nicht wenigen aus der jungen Generation nicht aus böser Absicht, sondern im Sinne von Fragen angesprochen wie etwa: Was ist das, euer Staat? Meine Damen und Herren, da gibt es kein Patentrezept, da gibt es auch nicht den bloßen Rückgriff in die Geschichte, da gibt es aber sehr wohl das Einstehen zur eigenen Geschichte, zur Geschichte dieses Landes, ob es uns in den guten oder schlechten Kapiteln dieser Geschichte paßt oder nicht paßt.

(Beifall)

Dazu gehört auch die Erkenntnis, daß die Fragen dieser jetzt herangewachsenen Generation notwendigerweise andere Fragen sein müssen, weil ihr Blick und ihr Horizont in der Welt von morgen liegen und weil sie Antworten von gestern eben nicht überzeugen können. Für uns heißt das, daß wir eine Art Überprüfung vornehmen müssen, eine Art Bilanz machen müssen, nicht um alles und jedes im Wege einer blinden Anpassung über Bord zu werfen, sondern um festzustellen: Was ist von dem, was unser Erbe ausmacht, tragfähig, und was muß verändert werden? Ich glaube, neben den ganz wichtigen Fragen — ich komme gleich noch darauf zu sprechen —, die wir in diesem Jahr etwa auf dem Hamburger Parteitag zu entscheiden haben, ist es wichtig, daß wir weit hinaushören in diesen Staat und in unsere Gesellschaft, daß wir die Veränderungen zur Kenntnis nehmen und durch unsere Politik eine verständliche Antwort darauf bieten. Wir müssen eben darüber sprechen, wie die Stellung der Familie heute in diesem Lande ist, wie wir beispielsweise als Staat die kinderreichen Familien behandeln,

(Beifall)

wie die Stellung und wie die Rolle der Frau in dieser Gesellschaft ist. Dies ist nicht nur eine Frage unter wahlstrategischen Gesichtspunkten, das ist eine Frage nach der Statur dieser Union, ob wir fähig sind, den Satz unseres Programms durchzusetzen, daß überall dort, wo wir

Einfluß haben, selbstverständlich gleicher Lohn bei gleicher Arbeit auch für Frauen gezahlt wird,

(Beifall)

ob wir die Stellung der Frau in der Familie als Mutter und am Arbeitsplatz erleichtern, ob es uns gelingt, für die steigende Zahl unserer alten Mitbürger einen neuen weiten Lebenshorizont zu eröffnen, und zwar nicht im Sinne von Caritas, sondern im Sinne eines aktiven Hineinnehmens in den Ablauf dieses Staates und dieser Gesellschaft, so wie wir sie verstehen.

(Beifall)

Dazu gehört, daß wir für die vielfältigen Gruppen der Behinderten etwas tun, daß wir das nicht als eine Abteilung „Lebenshilfe“ behandeln, sondern daß sich auch in dieser Frage, gerade weil es um eine nicht straff organisierte Minderheit geht, überzeugend erweist, daß diese Christlich-Demokratische Union auch die Partei jener Minderheiten ist, die sich selbst zunächst nicht helfen können.

(Beifall)

Meine Freunde, wir werden in dieser Legislaturperiode Gelegenheit haben, anhand des Beispiels der ausländischen Arbeitskräfte, der Gastarbeiter in unserem Lande europäische Gesinnung, soziales Verständnis und demokratischen Sinn zu beweisen, wenn wir darangehen, die notwendigen Veränderungen des Ausländerrechts, die Frage der Zahl der in diesem Lande lebenden Gastarbeiter, die Frage ihrer Integration, der Chancenöffnung für ihre Kinder in unseren Schulen und vieles andere mehr zu bedenken. Wir sollten gerade bei diesem Beispiel nicht danach schauen, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht, sondern wir sollten kraftvoll dagegen antreten, daß mitten in der Bundesrepublik ein neues Getto für Menschen zweiten Ranges entsteht.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sollten auch die Chance dieser Jahre nutzen, mit einer modernen Regionalpolitik jenen vielen Landschaften in der Bundesrepublik, in denen fast die Hälfte der Bürger dieses Landes leben, voranzuhelfen, Landschaften, die eben nicht länger bereit sind, wegen spektakulärer Erfolge in einigen wichtigen Ballungsbereichen der Bundesrepublik auf die Dauer hinter der Entwicklung der Bundesrepublik herzulaufen.

(Beifall)

Hier ist die Frage eingebettet, die wir nicht nur in der Entscheidung des Tages — siehe Bodenrecht; das ist wichtig und muß sein — be-

trachten dürfen, nämlich die Frage nach menschenwürdigen Städten und Dörfern und Gemeinden. Dies ist mehr als bloßer Umweltschutz nach Art der heutigen Diskussion.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sehen, welche Dynamik in unseren Grundsätzen steckt. Wir müssen diese Dynamik fortentwickeln, und zwar mutiger und entschlossener. Wir bekennen uns in unserem Parteiprogramm zur dynamischen Demokratie, d. h. zu einer Fortentwicklung dieser Demokratie. Gerade auch aus diesem Demokratieverständnis, aus der Frage nach der demokratischen Gestaltung und Willensbildung in allen Bereichen unseres Staates und unserer Gesellschaft, müssen wir für eine Fortentwicklung sorgen. Dies gilt — das sei bei dieser Gelegenheit einmal gesagt — aber nicht nur für die Parteien und für die Verfassung unseres Staates; das Demokratiegebot gilt auch für weite Bereiche der Gesellschaft und der dort tätigen Organisationen. Mancher, der am lautesten dogmatische Demokratisierung propagiert, muß sich selbst auch einmal an den Maßstäben von mehr Demokratie messen lassen.

(Beifall)

Die Prinzipien, von denen ich sprach, sind für uns ein Kompaß zur Reform. So dient auch unsere Politik der Vermögensbildung dem Ziel, die Freiheitsrechte, die Chancen und die Leistungsgerechtigkeit für den einzelnen zu erweitern und auszudehnen. Dabei gehen wir von dem privaten Eigentum aus, vor allem deswegen, weil wir gestern, heute und morgen der Auffassung sind, daß das Prinzip und die Institution des sozial gebundenen Eigentums eine wesentliche Voraussetzung und Grundlage freiheitlicher Demokratie ist.

(Beifall)

Wir wollen, daß die Gewinne im Unternehmen partnerschaftlich-solidarisch verteilt werden. Für uns ist Vermögenspolitik nicht Ansatz zur Vergesellschaftung des Kapitals, sondern vor allem ein Mittel, um den Freiheitsspielraum des einzelnen Bürgers durch mehr Vermögen zu vergrößern. Deshalb glauben wir, daß unsere Vorstellungen freiheitlicher, gerechter und fortschrittlicher sind als die Modelle der SPD. Wir wollen den Arbeitnehmer nicht in einen anonymen Apparat eingliedern. Für die Sozialdemokraten — jedenfalls nach Hannover — sind Vermögensbildung wie Mitbestimmung nichts anderes als Vergesellschaftung des Produktivkapitals, und das, meine Freunde — das muß deutlich werden —, bedeutet Vereinigung von wirtschaftlicher und politischer Macht in **einer** Hand, und am Ende steht dann der sozialistische Staat.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen Vermögensbildung und Gewinnbeteiligung, weil wir die Gleichheit der Chancen für die Menschen fördern wollen. Wir erkämpfen das Mehr an Gleichheit nicht auf Kosten der Freiheit des einzelnen, wir wollen nicht die Macht Weniger erweitern, sondern wir wollen mehr Gleichheit und Freiheit für alle.

Unsere Forderung nach Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit muß sich mit großer Entschiedenheit vor allem auch im Bildungswesen durchsetzen. Denn dort können mehr als anderswo Lebens- und Erfolgchancen verteilt werden. Eine der wichtigen Aufgaben der Union in dieser Legislaturperiode muß es aus diesem Grunde sein, allen Kindern in unserem Lande ungeachtet ihrer sozialen und familiären Herkunft die Ausbildungschancen zu eröffnen, die ihrer Begabung und ihrem Willen zum Lernen entsprechen.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube auch, daß wir im Bereich der Bildungspolitik gerade diesen Fragen des Durchbrechens der Milieusperrre für viele Kinder aus den sozial schwächeren Familien unseres Landes äußerste Priorität einzuräumen haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Reform der weiterführenden Schulen und der Universitäten hat in der Bildungspolitik zu Recht einen hohen Rang. Wir, die Union, bejahen auch die großen materiellen Opfer, die unser Land hier für die nächste Generation als eine Art Abschlagszahlung für die eigene Zukunft aufbringen muß. Gleichzeitig müssen wir aber deutlich machen — und dies ist ein wichtiger Themenbereich dieser Legislaturperiode des Bundestages —, daß die Gleichrangigkeit der fälligen Reformen der beruflichen Ausbildung ein entscheidender Kernpunkt unserer Arbeit ist, wenn wir Chancengleichheit und Solidarität ernst nehmen.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube aber, an einem Tag wie heute müssen wir darauf hinweisen, daß die Frage nach einer gemeinsamen deutschen Bildungs- und Schulpolitik heute nicht mehr so ganz einfach mit einem klaren Ja beantwortet werden kann. Im Bereich der Umfunktionierung der Worte und ihrer Inhalte habe ich nicht ohne Grund den Verdacht, daß einige sozialdemokratische Bildungspolitikern, wenn sie von bestimmten Schulen sprechen, längst nicht mehr auch nur annähernd ähnliche Inhalte verstehen, wie wir sie verstehen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß die Diskussion jetzt in ein besonderes Stadium getreten ist, daß die Grenze dessen, was wir noch ertragen und durchgehen lassen können, jetzt erreicht ist.

Wer die Geschichtskunderichtlinien des Bundeslandes Hessen liest und wer die Konsequenzen, die hier auf unser Land insgesamt zukommen, einmal durchdenkt, der weiß, daß jetzt in dieser Frage die Stunde der Union gekommen ist, in der wir Farbe bekennen müssen.

(Beifall)

Meine Freunde, Parlamente und Regierungen kommen und gehen, Gesetze können verändert und umformuliert werden; wenn wir aber zulassen, daß in diesem unserem Lande, dem geteilten deutschen Lande, das System der Geschichtslosigkeit ein Stück praktischer Schulpolitik wird, ist das der Anfang vom Ende dieses Landes.

(Lebhafter Beifall)

Und dies ist nicht irgendeine Frage der deutschen Bildungspolitik. Dies ist eine Frage, die die großen politischen Gruppierungen in der deutschen Politik auszutragen haben, die nicht irgendeiner diskutiert und die wir nicht irgendwo diskutieren, sondern die CDU und SPD miteinander vor dem Forum der Bürger dieses Landes auszutragen haben. Und wir werden dies tun!

(Beifall)

Meine Freunde, der Hamburger Parteitag hat wichtige Sachentscheidungen zu treffen. Die Reform der beruflichen Bildung, der Bereich der Vermögensbildung und der des Bodenrechts sowie die Entscheidung zur Mitbestimmung sind überfällig. Wir müssen unsere Freunde im Lande, nicht nur in den Parlamenten, sondern überall — denken Sie an die Betriebsräte im Betrieb, an die, die in den Gewerkschaften arbeiten —, in allen Bereichen in die Lage versetzen, daß sie sagen können: dies ist der Vorschlag, dies sind die Kriterien des Vorschlags, dies sind die Modelle der Union zu den einzelnen Fragen.

Das setzt aber voraus, daß wir vernünftig und sachlich miteinander diskutieren, daß sich die ganze Partei von Kreisverband zu Kreisverband der Mühe und der Pflicht unterzieht, in den verbleibenden Monaten bis Hamburg die hier zugrunde liegenden Sachaussagen sorgfältig zu diskutieren, denn wir müssen sorgfältig vorbereiten und dann zu ganz klaren Aussagen kommen.

Meine Freunde, ich sehe es als eine wichtige Sache an, gerade in diesen Fragen, nicht zuletzt bei der Mitbestimmung, zu breiten Mehr-

heiten durch eine offene und, wenn es sein muß, in der Sache harte Diskussion zu kommen, in der nicht Fragen unter den Tisch gekehrt werden, sondern in der das Gegeneinander ausgetragen wird. Aber — und dies ist wichtig, und dies können wir alle, nicht zuletzt ich, aus Düsseldorf lernen — wir müssen dafür Sorge tragen, daß es auf diesem Hamburger Parteitag klare Mehrheiten und natürlich auch Minderheiten, daß es aber nicht Sieger und Besiegte gibt.

(Beifall)

Meine Freunde, die Koordinaten unserer Wertordnung gelten nicht nur für den Bereich der Innenpolitik. Sie bestimmen auch unsere außenpolitische Position. Außenpolitik heißt für die Union die Förderung und Wahrung des Friedens und unserer nationalen und staatlichen Interessen in der Gemeinschaft der Nationen. Aber sie reicht darüber hinaus. Sie bedeutet auch Behauptung und Festigung einer stärkeren Gemeinschaft, die ihre Interessen und Ziele an der Würde des Menschen orientiert. Diese Wertprämissen unserer Außenpolitik müssen gerade heute deutlich hervorgehoben werden. Für die Atlantische Gemeinschaft wie für das neue Europa ist die Freiheit eine unverzichtbare Grundlage jeglicher Politik.

(Beifall)

Meine Freunde, die Atlantische Gemeinschaft entstand nach dem zweiten Weltkrieg als eine militärische Gefahrengemeinschaft, um der militanten Bedrohung durch den Kommunismus zu begegnen. Ihr liegen Werte zugrunde, die nicht zuletzt den Wiederaufbau der Deutschen Demokratie in der Bundesrepublik bestimmt haben, auf denen unsere Verfassung beruht. Man ist kein kalter Krieger, wenn man auch heute, 1973, sagt: Diese gemeinsame Wertordnung ist auch heute noch bedroht.

(Beifall)

Durch den Übergang zur friedlichen Koexistenz, zum Wettbewerb der Systeme, durch die Schwächung der moralischen Führungsposition der Vereinigten Staaten, durch die Veränderung der Gewichte in der Atlantischen Gemeinschaft, vor allem auch durch das Schwinden der Kraft einer einmal gemeinsam bejahten Wertordnung als bindende Grundlage ist der innere Zusammenhalt der Atlantischen Gemeinschaft bedroht. Der Abbau der militärischen Gefahr durch die Politik des kommunistischen Lagers hat das Ende des kalten Krieges gebracht. Er hat jedoch in nichts die Bedrohung beseitigt, diese Politik hat nur ihren Charakter verändert.

Die ideologische Aggression ist neben die Gefahr einer militärischen

getreten. Die Auseinandersetzung wird heute weniger mit Waffen als mit Worten und Ideologien geführt. Die Neuordnung der Atlantischen Gemeinschaft, zu der auch wir unseren Beitrag leisten müssen, muß dieser Veränderung Rechnung tragen.

Neben die Gemeinschaft der Waffen muß erneut die Gemeinschaft der Werte und Begriffe treten. Entscheidend ist, daß die Idee der streitbaren Demokratie Inhalt der Atlantischen Gemeinschaft und der europäischen Einigungsbewegung bleibt, eine Idee, die ganz einfach ein Großteil dieses Bündnisses ist.

(Beifall)

Für die Grundwerte einer freien Gesellschaft kann nur jener Staat kämpferisch eintreten, der auch in seiner Außenpolitik diesem großen Ziele dient. Unser Verständnis von Außen- und Innenpolitik beruht auf diesem Grundsatz. Beide müssen sich an den Zielen der freien und solidarischen Gemeinschaft orientieren. Ich sage noch einmal: Das hat in nichts mit kaltem Krieg, aber in allem mit einer Politik für die Freiheit zu tun.

Die Gemeinsamkeit von Innen- und Außenpolitik wurde in den letzten Jahren in der Bundesrepublik zunehmend gefährdet. Dazu hat das Staatsverständnis, das der Ostpolitik der Bundesregierung zugrunde liegt, ebenso beigetragen wie manche Entwicklungen auch in der westlichen Welt. Die Atlantische Allianz oder Teile derselben sind dabei, ihre Außenpolitik von der wertorientierten und moralischen Begründung zu lösen, die die Nachkriegspositionen der Welt bestimmt hat.

Es droht die Gefahr, zu einer Außenpolitik als Befolgung einzelstaatlicher Interessen zurückzukehren. Dies aber, meine Freunde, wäre nichts anders als die Rückkehr zu einer Politik des Gleichgewichts der Kräfte im nationalstaatlichen Sinne des 19. Jahrhunderts. Wir sollten das vorhin beschworene Erbe Konrad Adenauers in der Überwindung dieses Nationalstaats kraftvoll bejahen und in der Praxis unserer Politik leben.

(Beifall)

Eine solche nationalstaatliche Betrachtung von Politik erleichtert — das sei zugegeben — vordergründig die Lösung schwieriger Probleme. Aber, meine Freunde, wir alle berauben uns damit auf die Dauer der Möglichkeit, die Auseinandersetzung mit der Heilslehre des Kommunismus offensiv zu führen. Dies aber ist für ein geteiltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Voraussetzung einer bleibenden freiheitlichen Grundordnung.

(Beifall)

Die Atlantische Gemeinschaft verliert, wenn sie ihre gemeinsame Wertorientierung aufgibt, eine wesentliche Voraussetzung für ihre Fähigkeit, Einzelprobleme auf der Grundlage großer und gemeinsamer Interessen zu lösen. Die Lösung anstehender Einzelfragen aus dem Bereich der Handels- und Währungspolitik, das Verhältnis der USA zum Europäischen Markt und zu assoziierten Staaten werden mit einer solchen Entwicklung erschwert. Aufgabe unserer Außenpolitik muß es bleiben, die gemeinsame Orientierung an den Grundwerten unserer freiheitlichen Gesellschaft immer wieder deutlich zu machen. Nur so läßt sich die Atlantische Gemeinschaft mit neuen Zielen erfüllen.

Das gilt auch für Europa. Eine Europäische Gemeinschaft, in der keine Übereinstimmung über Zielvorstellungen einer einheitlichen Gesellschaft bestünde, wäre auf die Dauer nicht lebensfähig. Administrative Zwänge und ökonomische Interessen können eine prinzipielle politische Übereinkunft in Europa in nichts ersetzen.

(Zustimmung)

Den christlich-demokratischen Parteien fällt in diesem Zusammenhang die wichtige Aufgabe zu, an der Wiederherstellung gemeinsamer Ziele und Wertvorstellungen zu arbeiten und für die Anerkennung dieser Ziele als Grundlage der Europäischen Gemeinschaft zu kämpfen. Deshalb wollen wir, die CDU, in engem Kontakt zu unseren Schwesterparteien in den europäischen Ländern diese Gemeinsamkeit weiter fördern. Auch darin liegt ein Stück neues Europa.

(Beifall)

Dies setzt aber voraus, daß wir erst unser eigenes außenpolitisches Verständnis auf der Grundlage der heute gegebenen Situation bestimmen. Ob es uns gefällt oder nicht — 1973 ist nicht mehr 1969. Wenn ich dazu auffordere, daß wir uns auf die neue Lage einstellen müssen, heißt das nicht, sie einfach hinzunehmen. Denn die Teilung unseres Landes können und werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, das heißt auch, daß wir uns kämpferisch jener jetzt zu erwartenden geistigen Herausforderung der DDR stellen, daß wir ihren Anspruch, die Identität der deutschen Geschichte, der deutschen Nation zu verkörpern, daß wir ihrer Behauptung, in der DDR sei der Geist der deutschen Geschichte vor allem dargestellt, in der Form kraftvoll widersprechen, daß wir den freien Teil unseres Vaterlandes, diese Bundesrepublik, zu dem Staat und zu der Gesellschaft mit dem Modellcharakter eines freien Landes für freie Bürger heranbilden.

(Beifall)

Gerade weil dies so ist, darf sich unsere außenpolitische Diskussion nicht mehr oder minder darauf beschränken, daß wir uns innenpolitisch nur noch mit den Ostverträgen auseinandersetzen. Rechtskräftig abgeschlossene Verträge binden auch uns, denn wir sind eine Verfassungspartei. Das Grundgesetz und die gemeinsame EntschlieÙung des Bundestages und des Bundesrates vom 17. Mai 1972 geben uns die Chance, die Verträge auch im Sinne unserer außenpolitischen Zielvorstellungen zu nutzen.

Unsere außenpolitische Überzeugungskraft wird künftig nicht zuletzt auch davon abhängig sein, inwieweit wir fähig sind, der Entwicklungshilfepolitik in unserem Land den Rang zuzuleiten, den sie ihrer moralischen Qualität nach haben muß. Wir müssen begreifen, daß es in der Überflußgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland trotz der vielen noch zu lösenden Probleme in unserem eigenen Lande unsere Pflicht ist, Hilfe an Ideen und Leistungen für die Länder der Dritten Welt aufzubringen. Hier besteht für uns, für die CDU, eine großartige Chance als Christlich-Demokratische Union, ein Beispiel internationaler Solidarität zu setzen. Wir sollten nirgendwo in diesem Lande — auch nicht in der eigenen Partei — die gelegentlich anzutreffende provinzielle Engstirnigkeit in der Behandlung dieser Frage zulassen. Hier geht es um unsere moralische Statur!

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, damit komme ich zu unseren eigenen Problemen zurück. Die Union verstand sich und versteht sich nicht als ein Verein zur Durchsetzung der privaten Interessen ihrer Mitglieder. Wir sind auch kein ideologisch verfaßter Kampfverband zur Eroberung von Machtposition. Wir sind eine Volkspartei, in der alle, die sich zu unserem Programm bekennen, ihre politische Heimat finden. Wir dulden nicht, daß einzelne oder Gruppen in unserem Lande ins Abseits gestellt werden. Wir brauchen als Volkspartei in einem pluralistisch verfaßten Staat und in einer pluralistischen Gesellschaft die ständige offene Diskussion mit den einzelnen und den Gruppen dieser Bundesrepublik Deutschland. Meine Damen und Herren, wenn wir aber sagen, die Diskussion müsse zum festen Bestandteil der Politik auf allen Ebenen unserer Partei werden, so hat dies auch etwas damit zu tun, wie wir miteinander umgehen. Ich halte es für eine wichtige Sache, daß wir begreifen, daß wir niemals in diesem Lande wiederum die regierungsfähige Mehrheit erringen werden, wenn wir nicht zuvor begreifen, daß der Umgangston und die Umgangsformen untereinander in dieser Partei den Prinzipien der Christlich-Demokratischen Union angemessen sein müssen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Diskussion, wie ich sie verstehe, heißt, daß in dieser Partei jeder in einem fairen Rahmen seine Meinung und seine Vorstellungen von Politik vortragen und entwickeln kann und daß wir nicht zulassen, daß in der Partei oder von draußen in die Partei hinein Etikettierungen bis hin zu persönlichen Diffamierungen von einzelnen oder ganzen Gruppen geduldet werden.

(Beifall)

Wenn wir auf diese Weise offen diskutieren, sind wir überzeugend die Volkspartei „Christlich-Demokratische Union“.

Meine Freunde, ich finde, es ist Zeit, daß wir uns wieder mehr mit den Problemen unseres Landes und weniger mit uns selbst beschäftigen.

(Beifall)

Wir brauchen mehr Sensibilität für das, was den Menschen wichtig ist, was sie erstreben und was sie zu vermeiden trachten. Politische Sensibilität, wie ich sie verstehe, heißt überhaupt nicht unkritische Anpassung an methodische Zeitströmungen. Demoskopie — dies wissen wir — ist ein wichtiges Mittel der Politik. Meine Freunde, sie kann Politik aber nicht ersetzen.

(Beifall)

Den Vereinigungen fällt hier eine wichtige Aufgabe zu. Sie haben die Fragestellungen aufzuspüren und für die Union zu artikulieren. Damit tragen sie zur Pluralität und zur unterschiedlichen Zielsetzung der Gesellschaft bei. Es ist die Aufgabe der Partei, in einem gemeinsamen Willensbildungsprozeß Konzepte zu erarbeiten, die es allen ermöglichen, die Politik der Partei zu tragen, und zwar auch dann, wenn sie in einer konkreten Abstimmung unterlegen sind.

So verstanden — und dies ist wichtig zu notieren — sind wir selbstverständlich zuerst Mitglieder dieser Christlich-Demokratischen Union und dann Mitglieder der einzelnen Vereinigungen dieser Partei.

(Lebhafter Beifall)

Der Offenheit der Diskussion unserer Willensbildung muß die Geschlossenheit bei der Durchsetzung unseres Handlungskonzepts entsprechen. Dies verlangt auch die parteipolitische Solidarität. Ich will Ihnen schon heute versprechen, meine Freunde, daß Führungsstil und Führungsrolle der Parteiführung diesem Ziel der kraftvollen Durchsetzung gemeinsam gefundener Konzeptionen in besonderem Maße verpflichtet sein werden.

(Beifall)

Es ist nicht mein Parteiverständnis, und es entspricht auch nicht meinem Arbeitsstil, die Partei sozusagen von oben mit Festlegungen einzuengen. Wir haben unter unseren Mitgliedern und Freunden viel Sachverstand und viel guten Willen zur Hilfe in der Diskussion. Beides, dieser Sachverstand und diese Hilfe, muß lebendig bleiben. Dies heißt aber auch, daß die Beschlüsse, die wir dann gemeinsam gefaßt haben, von uns kraftvoll und, wenn es sein muß, mit Härte durchgesetzt werden.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube, daß die Vielfalt der Fragen und die Differenzierung der Antworten ein Mehr an analytischem Arbeitsvermögen und ein Mehr an Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden bedeutet. Wir wollen die Ergebnisse, die uns zur Verfügung stehen, nicht als Geheimsache behandeln. Sie gehören in die Hände all derjenigen, die im Namen der CDU politisch handeln. Ich glaube aber, dazu gehört auch, daß wir mehr Arbeit und mehr Bereitschaft in die Diskussion unserer theoretischen Grundlagen investieren müssen. Ich glaube nicht, daß eine Partei auf die Dauer überzeugende Aussagen in der Politik machen kann, wenn sie nicht fortlaufend die theoretischen Grundlagen ihrer Politik durcharbeitet und der Diskussion stellt.

(Beifall)

Willensbildung und Analyse müssen in längerfristige programmatische Ziele, in ein Zukunftsbild, ich gehe weiter, in eine Zukunftsvision unseres Staates und unserer Gesellschaft münden. Ich glaube, hier hat unsere Grundsatzkommission eine wichtige Aufgabe, die wir gemeinsam unterstützen wollen.

Meine Damen und Herren, unsere Überzeugungskraft wird entscheidend davon abhängen, wie wir unsere gemeinsame Politik im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden durchsetzen. Die föderative Struktur der Union erweist sich gerade in diesem Zusammenhang als ein großer Vorteil. Sie bedeutet doch nichts anderes als Verbreiterung von politischer Erfahrung. Aus dieser Erfahrung erwachsen der Gesamtpartei ein neues Problembewußtsein und auch neue politische Lösungsansätze.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir unter den vielen Bereichen, die wir in Vorbereitung der Bundestagswahl angehen müssen, den Sektor der Kommunalpolitik besonders intensiv angehen müssen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß dies nicht nur eine Frage lokaler Bedeutung und lokaler Mehrheiten im Rathaus ist. Wer in den deutschen Städten bei der Wahl in die Rathäuser nicht mehr

auf Sieg, sondern nur noch auf Platz setzt, der kann auch in Bonn auf die Dauer nicht auf Sieg setzen.

(Lebhafter Beifall)

Wir sollten uns heute vornehmen, dieses veraltete Denken, dieses In-Schubladen-Ablegen, das da heißt: Kommunalpolitik, Landespolitik, Bundespolitik, überhaupt aufzugeben. Der Bürger in diesem Lande fragt: Was will die CDU? Er meint damit das Rathaus, er meint den Landtag, und er meint selbstverständlich den Bundestag. Er macht jene Unterscheidung überhaupt nicht.

(Beifall)

Bei der Verwirklichung der Politik der Union sind das Zusammenwirken und die Aufgabenverteilung zwischen Partei und Fraktionen — dies gilt für alle Ebenen, aber es gilt natürlich vor allem für die Bundespolitik — von zentraler Bedeutung. Meine Freunde, hier geht es überhaupt nicht um Prestigedenken, Gleichschaltung oder Bevormundung, sondern um Arbeitsteilung im Dienste des gemeinsamen Zieles. Dieses Ziel werden wir mit gemeinsamem guten Willen ohne Prestigedenken und im Geiste einer Mannschaft, die auf Sieg setzt, gemeinsam erreichen.

(Beifall)

Dies alles ist notwendig, denn es geht heute um eine grundsätzliche Weichenstellung in unserem Lande. Sie ist ohne Übertreibung nur mit den Richtungskämpfen in den ersten Jahren unserer Republik zu vergleichen. Was die SPD will, wissen wir spätestens seit ihrem Parteitag in Hannover: sie will die Bundesrepublik in ein sozialdemokratisch-sozialistisches Land umfunktionieren. Seit Hannover wissen wir: demokratischer Sozialismus heißt Dogmatisierung und Ideologisierung der Politik, heißt Einschränkung des Pluralismus, heißt klarer Monopolanspruch einer Partei. Die Pluralität des Godesberger Programms, von der Brandt so gern spricht, ist eine durch Sozialismus amputierte Pluralität. Seit Hannover sind die antiliberalen Züge der SPD für jeden, der sehen kann, offenkundig. Auch demokratischer Sozialismus, wie ihn die SPD versteht, heißt immer mehr Kontrolle des Staates über die Gesellschaft und immer mehr Kontrolle der Gesellschaft über den einzelnen. Dieser demokratische Sozialismus bedeutet immer mehr Macht in den Händen weniger und immer größere Abhängigkeit für immer mehr Menschen. Wer, meine Freunde, Strukturprobleme eines Landes etwa durch die Abschaffung eines Berufsstandes lösen will, der begibt sich auf einen Weg — denken Sie an das Verbot der Makler, das dort gefordert wurde —, der den Rahmen unserer Verfassung sprengt.

(Beifall)

Der Beschluß des SPD-Parteitages zum Radikalen-Erlaß zeigt, daß die Hoffnung auf eine gemeinsame Abwehrfront der Demokraten gegen die Gegner der demokratischen Ordnung verblaßt. Wir bedauern dies, meine Damen und Herren, weil wir glauben, daß niemand von uns das Recht hat, davon auszugehen, daß dies ein SPD-, ein CDU- oder ein FDP-Staat ist. Wir gehen davon aus: Dies ist unser gemeinsamer Staat Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Um so mehr beharren wir auf unserer Haltung, daß die Feinde der Demokratie, ob sie von rechts oder von links kommen, in diesem Lande nicht die Chance erhalten dürfen, an die Machthebel des Staates und der Politik zu gelangen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben uns im Grundgesetz die freiheitlichste Verfassung gegeben, die die deutsche Geschichte je kannte. Und in diesem freien Lande kann ein jeder seine politische Überzeugung haben. Aber wir wünschen nicht, daß im Namen der Freiheit die Freiheit dieses Landes abgeschafft wird.

(Lebhafter Beifall)

Wir wünschen nicht, daß Kinder in unseren Schulen von gewissen Lehrern (für die diese Verfassung nur noch ein verbales Zusammentragen von Worten ist) umfunktioniert werden.

(Beifall)

Wir wünschen, daß der Radikalen-Erlaß individuell, auf den Einzelfall bezogen, und liberal, wie wir diesen Staat verstehen, gehandhabt wird. Aber, meine Damen und Herren, wir sehen neben dem Recht eines jungen Lehrers auf den Eintritt in den Staatsdienst auch das Recht der Eltern in diesem Lande, ihre Kinder in unseren Schulen im Rahmen der freiheitlichen Grundordnung unterrichtet zu sehen.

(Lebhafter Beifall)

Wir wünschen nicht, daß diese Bundesrepublik eine andere Republik wird. Aber wir wollen, daß sie ein Staat und eine Gesellschaft ist, die ständig weiterentwickelt wird.

Meine Damen und Herren, deswegen sind wir für die notwendigen Reformen auch in diesem Bereich: Reform der öffentlichen Verwaltung — unser Freund Carstens sprach heute davon. — Wir sind als CDU — und so haben wir uns immer verstanden — die klassische antiautoritäre Partei, weil wir ein freies Land für freie Bürger wollen. Wir wollen

nicht obrigkeitsstaatliche Bevormundung, aber, meine Freunde, als Demokraten wissen wir um die unlösbare Verbindung zwischen Freiheit und Autorität auch im demokratischen Staat. Das muß hinzugefügt werden.

(Beifall)

Das ist die politische Herausforderung, vor der wir stehen. Die Union hat seit Gründung der Bundesrepublik, ja schon vorher, für die politische Ordnung gekämpft, die der Freiheit der Bürger, dem sozialen Ausgleich und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist. Wir haben für dieses Land Maßstäbe gesetzt, und der Erfolg dieses Landes hat unsere Politik bestätigt. Je größer die Herausforderung, um so größer ist unser politischer Wille, in diesem unserem Lande für ein Leben in Freiheit zu kämpfen. Und jeder soll wissen: Die CDU Deutschlands läßt sich von niemandem in ihrem Willen zur Reform, in ihrem Engagement für eine menschlichere Gesellschaft übertreffen. Die CDU ist und bleibt die Partei der Freiheit!

(Lebhafter Beifall)

Die CDU bleibt die Partei der vernünftigen Reformen, der gesellschaftlichen Evolution.

Wir haben gestern in diesem Lande Verhältnisse geschaffen, die es in vielen Bereichen auch heute zu bewahren lohnt. Wir müssen heute Veränderungen bewirken, die morgen als Leistungen für alle gelten können. Dies ist unser Verständnis von dynamischer Politik.

Ich sagte: Die Union trägt die Hoffnungen vieler Menschen, die Hoffnungen darauf, daß auch in einer modernen Welt Freiheit weder in Systemzwängen ersticken noch in den Händen von Bürokraten jeglicher Art verkümmern muß. Das Maß des Fortschritts ist für uns auch das Maß der Freiheit. Den Fortschritt der Gesellschaft in Freiheit zu sichern, dies ist unser christliches und liberales Erbe; die Freiheit der Menschen zu schützen und zu wahren, dies ist unsere konservative Aufgabe; die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Verwirklichung immer weiter zu entwickeln: dies ist unsere soziale Pflicht.

In diesem dreifachen Engagement, meine Freunde, gründen die Kraft und der Wille einer Politik für die Freiheit der Menschen in dieser Bundesrepublik Deutschland.

Ein Leben in Freiheit ist das kostbarste Gut für Menschen und für Völker, ein Leben in Freiheit, das wir als CDU nie als ererbten Besitz verwalten dürfen, sondern immer als Chance und Aufgabe erkämpfen und verwirklichen müssen, als Chance für uns und für andere, als Chance, die wir als Erbe aus Geschichte und Tradition übernehmen,

um sie zu erhalten und an die nächste Generation weiterzureichen. Denn dieser unser Staat, meine Freunde, ist mehr als eine Produktionsgenossenschaft für materiellen Wohlstand. Er ist eine Gemeinschaft freier Bürger, eine Gemeinschaft der Lebenden, der Toten und der nach uns Kommenden.

Dieser Gemeinschaft sind wir als Union verpflichtet. Ihr Wohl, ihre Freiheit, ihre Solidarität zu wahren und zu mehren, dies ist unser politischer und geschichtlicher Auftrag.

(Anhaltender starker Beifall)

~~Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Lieber Dr. Helmut Kohl, der Parteitag hat Ihnen bereits für Ihre Rede gedankt. Ich glaube, dieser Parteitag hat Sie verstanden, und der Beifall hat gezeigt, daß wir alle nicht nur wir als Delegierte hier, sondern wir stellvertretend für alle Mitglieder dieser Christlich-Demokratischen Union — bereit sind, Ihnen auf diesem Wege zu folgen und Ihnen bei der Aufgabe zu helfen, in die wir Sie heute gewählt haben.~~

(Beifall)

~~Wir wünschen Ihnen Glück für die Zukunft. Wir wünschen es Ihnen, und wir wünschen es uns allen, nicht nur dieser Christlich-Demokratischen Union, sondern unserem Volk und unserem Land.~~

(Erneuter Beifall)

~~Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Auszählung der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes liegt noch nicht vor; wir erwarten es in aller Kürze.~~

~~Wir haben heute noch die Wahl der Rechnungsprüfer vorzunehmen. Darf ich Ihnen vorschlagen, den betreffenden Tagesordnungspunkt jetzt zu erledigen? — Ich sehe keinen Widerspruch; ich rufe also Punkt 13 der Tagesordnung auf:~~

~~Wahl der Rechnungsprüfer.~~

~~Herr Dr. van Hooven, Landesverband Hessen, hat die Wiederwahl unserer Parteifreunde Erik Blumenfeld und Alfons Horten zu Rechnungsprüfern vorgeschlagen. Ich darf fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden.~~

~~Das scheint nicht der Fall zu sein.~~

~~Dann bitte ich diejenigen Delegierten, die den vorgeschlagenen Parteifreunden Erik Blumenfeld und Alfons Horten das Amt der Rechnungsprüfer für eine weitere Amtsperiode übertragen wollen, um ihr Zeichen mit der Stimmkarte. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? —~~